



STÄRKUNG DER ROLLE VON MINDERHEITENFRAUEN IN EUROPA

Bericht auf der Grundlage der
„Women of Minorities 2024“ –
Konferenz der FUE

Einführung

Frauen, die Minderheitengemeinschaften in ganz Europa angehören, sehen sich aufgrund der Intersektionalität von Geschlecht und Minderheitenstatus mit einer Reihe einzigartiger Herausforderungen konfrontiert. Diese Herausforderungen beeinträchtigen ihren Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung, Arbeit, Justiz und politischer Teilhabe. Wenn sich verschiedene Arten der Diskriminierung überschneiden, verstärkt sich die Ausgrenzung und wird noch schwieriger zu bewältigen.

Die „Women of Minorities 2024“-Konferenz der FUEN in Athen brachte ExpertInnen, AktivistInnen und VertreterInnen von Minderheitengemeinschaften zusammen, um diese Herausforderungen direkt anzugehen. Indem sie die Lebenswirklichkeit von Frauen aus Minderheiten in den Mittelpunkt stellte, schuf die Konferenz einen kraftvollen Raum für Reflexion, Austausch und die Erarbeitung praktischer, zukunftsorientierter Lösungen.

Der vorliegende Bericht fängt den Geist dieser Diskussionen ein und bietet zentrale Erkenntnisse und mutige Empfehlungen, die Regierungen, Institutionen und der Zivilgesellschaft helfen sollen, über Versprechungen hinauszugehen und einen echten, integrativen, auf Rechten basierenden Wandel herbeizuführen.

Allgemeine Gleichstellungsherausforderungen für Frauen, die einer Minderheit angehören



Frauen, die einer Minderheit angehören, sind in ganz Europa nach wie vor mit tief verwurzelten und sich gegenseitig verstärkenden Barrieren in allen Lebensbereichen konfrontiert. Diese Herausforderungen werden durch traditionelle Normen, patriarchalische Systeme und wirtschaftliche Marginalisierung, insbesondere in ländlichen Regionen, noch verstärkt. Es gibt zwar einen gesetzlichen Schutz der Geschlechter- und Minderheitenrechte, doch ihre Umsetzung ist oft unzureichend, da sie den vielschichtigen Realitäten der Mehrfachdiskriminierung nicht gerecht wird.

Geschlechtsspezifische Gewalt: Anhaltende Ungerechtigkeit

Frauen, die Minderheiten angehören, sind einem erhöhten Risiko von häuslicher Gewalt, Menschenhandel, sexuellen Übergriffen und Gewalt im Namen der Ehre ausgesetzt. Die Dunkelziffer ist nach wie vor hoch, bedingt durch Stigmatisierung, Angst vor Vergeltung und tiefes Misstrauen gegenüber Institutionen. In Norwegen haben fast 50 % der samischen Frauen Gewalt erfahren, häufig in ihrer Jugend, und dennoch gibt es kaum kulturell angepasste Hilfsangebote. In Montenegro sind Roma-Frauen einem starken sozialen Druck ausgesetzt, der sie davon abhält, Schutz zu suchen, und die staatlichen Einrichtungen bieten kaum Unterstützung.

Stumme Stimmen: Unterrepräsentation in Führungspositionen

Frauen, die einer Minderheit angehören, bleiben in der Politik, in der Wissenschaft und im öffentlichen Leben weitgehend unsichtbar. Struktureller Sexismus, diskriminierende politische Systeme, ungleiche Bildungschancen und das Fehlen von Mentorenprogrammen tragen alle zu ihrem Ausschluss bei.

Wirtschaftliche Ausgrenzung: Ausgesperrt von Chancen

Für viele Frauen, die einer Minderheit angehören, bleibt eine formelle Beschäftigung unerreichbar. Diskriminierung, schlechter Zugang zu hochwertiger Bildung und Kinderbetreuung, digitaler Analphabetismus und der Ausschluss von Ausbildungsprogrammen zwingen viele in prekäre, informelle Arbeit. Roma-Frauen in Albanien und im Kosovo zum Beispiel sind mit chronischer Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Unsicherheit konfrontiert.

Ungleichheiten im Bildungswesen: Den Kreislauf durchbrechen

Mädchen, die einer Minderheit angehören, verlassen die Schule oft viel zu früh – als Opfer von Armut, früher Heirat, diskriminierenden Schulumgebungen und geografischer Isolation. Kulturelle Vorurteile innerhalb der Schulsysteme, niedrige Erwartungen der Lehrer und Bildungssegregation verstärken die Ausgrenzung. Nur 4,5 % der Roma-Mädchen in Bosnien und Herzegowina schließen eine weiterführende Schule ab.

Ungleichheiten im Gesundheitswesen: Wenn Systeme versagen

Für Frauen, die einer Minderheit angehören, birgt das Gesundheitssystem oft mehr Risiken als Abhilfe. Sprachbarrieren, systematischer Rassismus, kulturelle Unsensibilität und mangelndes Vertrauen in Gesundheitsdienstleister führen dazu, dass Frauen, die einer Minderheit angehören, häufig eine minderwertige Versorgung erhalten. Es gibt immer wieder beunruhigende Beispiele: Zwangssterilisationen von Roma-Frauen in der Tschechischen Republik und separate Entbindungsstationen für Roma-Frauen in der Ukraine.

Rechtliche und politische Rahmenbedingungen: Rechte ohne Rechtsbehelfe



Es gibt verschiedene internationale, europäische und nationale Gesetze zum Schutz der Rechte von Frauen, die einer Minderheit angehören. Dazu gehören das CEDAW-Übereinkommen, die Istanbul-Konvention, die Europäische Menschenrechtskonvention, die EU-Richtlinien zur Gleichstellung von Frauen und Männern, das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten (FCNM) sowie nationale Gleichstellungs- und Minderheitenrechtsgesetze. Während diese Rahmenwerke wichtige rechtliche Garantien bieten, betonten die TeilnehmerInnen der Konferenz, dass die Umsetzung nach wie vor schwach ist. In den nationalen Strategien fehlen oft noch intersektionelle Perspektiven, und die Durchsetzung ist begrenzt.

Gruppenspezifische intersektionelle Herausforderungen



Die „Women of Minorities 2024“-Konferenz der FUEN unterstrich die Notwendigkeit zu erkennen, wie sich die Erfahrungen von Frauen aus Minderheiten je nach Gruppenkontext unterscheiden. Maßgeschneiderte, intersektionale Ansätze sind unerlässlich, um die vielschichtige Diskriminierung und systematische Ausgrenzung, der sie ausgesetzt sind, zu bekämpfen.

Roma-Frauen

Roma-Frauen sind in Europa mit einer der am stärksten verankerten intersektionellen Diskriminierungen konfrontiert. Frühe Verheiratung, Bildungssegregation, hohe Arbeitslosigkeit und die Beschränkung auf informelle, prekäre Arbeitsmärkte führen zu einem ständigen Kreislauf der Armut. Der Zugang zur Gesundheitsversorgung ist nach wie vor äußerst schlecht, und es wird immer noch von schwerwiegenden Missbräuchen wie Zwangssterilisationen berichtet. Politische Partizipation ist praktisch nicht vorhanden, und die weit verbreitete häusliche Gewalt bleibt aufgrund des tief verwurzelten institutionellen Misstrauens verborgen. Systembedingte Voreingenommenheit zeigt sich nach wie vor in der Gesundheitsversorgung, vor allem durch separierte Entbindungsstationen in der Ukraine.

Samische Frauen

Trotz des hohen Bildungsniveaus werden samische Frauen in Norwegen und Schweden weiterhin systematisch ausgegrenzt. Etwa die Hälfte von ihnen berichtet über Gewalt, oft in der Jugend, während der Zugang zu kulturell kompetenten psychischen Gesundheitsdiensten nach wie vor stark eingeschränkt ist. Ihre Unterrepräsentation in Entscheidungsprozessen in Verbindung mit der systematischen Missachtung ihrer sprachlichen und kulturellen Bedürfnisse verschärft die Ungleichheiten in Bezug auf Gesundheit, Wohlbefinden und Bürgerbeteiligung.

Frauen der türkischen Minderheit in Griechenland

Frauen, die einer türkischen Minderheit angehören, werden sowohl von den staatlichen Institutionen als auch von ihren eigenen Gemeinschaften in mehrfacher Hinsicht ausgeschlossen. Rechtliche Hindernisse beschneiden ihr Recht, Vereinigungen zu gründen, während der eingeschränkte Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen in ihrer Muttersprache und die allgegenwärtige Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit beschneiden. Gleichzeitig sind viele von ihnen durch kulturelle Zwänge zwischen staatlicher Assimilationspolitik und traditionellen Geschlechternormen gefangen, was ihre Autonomie und ihr bürgerschaftliches Engagement stark einschränkt.

Frauen der griechischen Minderheit in der Türkei

Orthodoxe Frauen griechischer Abstammung, die in mehrheitlich muslimischen Regionen der Türkei leben, sind einem komplexen Zusammenspiel von geschlechtsspezifischer, religiöser und kultureller Diskriminierung ausgesetzt. Patriarchalische Normen und restriktive gesellschaftliche Erwartungen unterdrücken ihre persönliche und berufliche Entwicklung, während historische Spannungen und die aktuelle griechisch-türkische politische Dynamik ihre Marginalisierung verstärken.

Pomakische Frauen in Griechenland

Pomak-Frauen, die überwiegend in abgelegenen ländlichen Gebieten leben, sind mit zusätzlichen Hindernissen konfrontiert, die sich aus ihrer geografischen Isolation, ihrem Minderheitenstatus und ihrer durch historische und politische Dynamiken geprägten religiösen Identität ergeben. Der begrenzte Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung und wirtschaftlichen Möglichkeiten behindert weiterhin ihr persönliches und berufliches Fortkommen und verfestigt die Muster der Ausgrenzung.

Minderheitenfrauen in ländlichen Regionen

Frauen, die einer ländlichen Minderheit angehören, werden durch Isolation, unzureichende Infrastruktur und anhaltende Lücken beim Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung und Beschäftigung stark marginalisiert. Mobilitätsbeschränkungen und tief verwurzelte patriar-

chalische Normen, einschließlich der Praxis der Frühverheiratung, berauben Mädchen ihrer Zukunftschancen. Kulturell unsensible Dienstleistungen verfestigen die Abhängigkeit und den systematischen Ausschluss weiter.

Junge Frauen aus Minderheiten

Junge Frauen, die einer Minderheit angehören, sind in Bezug auf Alter, Geschlecht und ethnische Zugehörigkeit besonders gefährdet. Sie sind überproportional stark von Schulabbruch, Frühverheiratung und sozialer Isolation betroffen. Ein eklatanter Mangel an Zugang zu Sexualerziehung und jugendgerechten Diensten in Verbindung mit dem Ausschluss aus der allgemeinen Jugendpolitik führt dazu, dass sie in hohem Maße Gewalt, Ausbeutung und wirtschaftlicher Abhängigkeit ausgesetzt sind – Risiken, die ohne gezielte, intersektionelle Interventionen nur noch zunehmen werden.

Vielversprechende Praktiken und gemeinschaftsbasierte Interventionen

////////////////////

Auf der „Women of Minorities 2024“-Konferenz der FUEN wurde eine Reihe wirksamer lokaler, nationaler und europäischer Initiativen vorgestellt, die beweisen, dass gezielte, kulturell sensible Maßnahmen das Leben von Frauen aus Minderheiten erheblich verbessern können. Diese Praktiken verdeutlichen die Macht von strategischer Interessenvertretung, Empowerment-Programmen und gemeinschaftsorientiertem Wandel.

Wirtschaftliches Empowerment

Im Kosovo haben Mikrofinanzierungsinitiativen es Roma-Frauen ermöglicht, kleine Unternehmen aufzubauen und finanzielle Unabhängigkeit zu erlangen. In Nordmazedonien haben digitale Alphabetisierung und Kompetenztraining neue Wege in die digitale Wirtschaft eröffnet, die Isolation verringert und die finanzielle Sicherheit von Frauen gestärkt.

Unterstützung der Bildung

Integrative Lehrpläne in Albanien haben dazu beigetragen, dass Mädchen, die einer Minderheit angehören, in der Schule bleiben, indem sie ihre kulturelle Identität bekräftigen. In Portugal haben Stipendienprogramme für Roma-Mädchen Führungsqualitäten, Weiterbildung und bürgerschaftliches Engagement gefördert und gezeigt, wie kultursensible Bildungsstrategien Schulabbrüche verhindern und Empowerment fördern.

Zugang zum Gesundheitswesen

In Schweden haben samische GesundheitsmediatorInnen das Vertrauen zwischen PatientInnen, die einer Minderheit angehören, und den Leistungserbringern im Gesundheitswesen gestärkt und so zur Verbesserung der Gesundheit beigetragen. Die rumänischen Kampagnen zur reproduktiven Gesundheit, die auf die Bedürfnisse von Roma-Frauen zugeschnitten sind, haben das Wissen erweitert und den Zugang zu kulturell kompetenten Dienstleistungen verbessert.

Zugang zur Justiz

In Ungarn haben Rechtshilfeprogramme Roma-Frauen dabei geholfen, häusliche Gewalt und Eigentumsrechte anzugehen. In Irland haben Initiativen zur Datenerhebung zu gezielteren und wirksameren rechtlichen und politischen Maßnahmen geführt, die auf den Erfahrungen von Frauen aus Minderheiten beruhen.

Repräsentation und Führung

Die Quotenregelung für Führungspositionen in Kroatien hat die Beteiligung von Frauen aus Minderheiten am öffentlichen Leben gestärkt. Paneuropäische Organisationen wie das Europäische Zentrum für die Rechte der Roma haben Systemreformen vorangetrieben, während das Wachstum von Frauenräten für Minderheiten in ganz Europa Plattformen für Vertretung, Dialog und Einflussnahme gestärkt hat.

Von Worten zu Taten: Strategische Politikempfehlungen

////////////////////

Stärkung des Rechtsrahmens und der Rechtsdurchsetzung:

Durchsetzung von Gesetzen zur Bekämpfung von Diskriminierung und geschlechtsspezifischer Gewalt durch eine intersektionelle Sichtweise. Schulung von Polizei-, Justiz- und RechtsexpertInnen in kultureller Kompetenz und Minderheitenrechten. Ausweitung des Zugangs zu kulturell und sprachlich angemessenem Rechtsbeistand, der auf die Bedürfnisse von Frauen aus Minderheiten zugeschnitten ist.

Förderung der Bildungsgerechtigkeit

Finanzierung von Stipendien für Mädchen und junge Frauen aus Minderheiten. Integration von Minderheitensprachen, -geschichten und -beiträgen in die nationalen Lehrpläne. Durchsetzung von Maßnahmen zur Aufhebung der Rassentrennung und Förderung eines integrativen schulischen Umfelds durch die Schulung von Lehrpersonal in vorurteilsfreier Erziehung und kultureller Sensibilität.

Zugang zur Gesundheitsversorgung ausbauen

Einsatz mobiler Gesundheitsstationen in unterversorgten Gebieten. Einsatz von GesundheitsmediatorInnen für Minderheiten, um Vertrauen auszubauen und den Zugang zu verbessern. Schulung von Gesundheitsdienstleistern in kultureller Kompetenz, Schutz der reproduktiven Rechte und Gewährleistung, dass alle medizinischen Praktiken die informierte Zustimmung und die Würde wahren.

Förderung der wirtschaftlichen Eingliederung

Unterstützung der finanziellen Befähigung von Frauen, die einer Minderheit angehören, durch gezielte Mikrofinanzierungsprogramme, Zuschüsse und Initiativen zum Unternehmertum. Berufsausbildung in stark nachgefragten Sektoren und Förderung von digitaler und finanzieller Kompetenz, um den Zugang zu modernen Arbeitsmärkten zu ermöglichen. Stärkung des sozialen Schutzes für informell und prekär Beschäftigte.

Förderung von Führungsqualitäten und Bürgerbeteiligung

Einführung von Quoten, um die Präsenz von Frauen, die einer Minderheit angehören, in politischen, öffentlichen und administrativen Führungspositionen zu gewährleisten. Aufbau von Mentorenschaften, um aufstrebende Führungspersönlichkeiten zu unterstützen und die Entwicklung von Führungsqualitäten zwischen den Generationen zu fördern. Stärkung von Frauenräten, die Minderheiten angehören, um ihren Stimmen in der Politik mehr Gehör zu verschaffen.

Förderung des kulturellen Wandels und des Bewusstseins

Nationale Kampagnen zum Abbau von Stereotypen starten und die Leistungen von Frauen aus Minderheiten als Vorbilder hervorheben. Förderung des integrativen Geschichtenerzählens in den Medien, im Bildungswesen und in der Kunst. Förderung eines nachhaltigen gesellschaftlichen Dialogs über Geschlechtergleichstellung, Minderheitenrechte und integrative Bürgerschaft.

Verbesserung der Überwachung, Rechenschaftspflicht und Datenerfassung

Sammeln und aktualisieren von Daten aufgeschlüsselt nach Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit und geografischer Lage, um Ungleichheiten genau zu erfassen. Festlegung messbarer Ziele für die Eingliederung und regelmäßige Bewertung der Maßnahmen und deren Auswirkung. Institutionalisierung partizipativer Feedback-Mechanismen, die Frauen aus Minderheiten eine Stimme bei der Gestaltung und Überwachung politischer Reformen geben.

Auf dem Weg zu einem gerechten und inklusiven Europa



Die „Women of Minorities 2024“-Konferenz der FUEN hat eines deutlich gemacht: Die sinnvolle Einbeziehung von Frauen, die einer Minderheit angehören, ist keine Option – sie ist unerlässlich für Demokratie, Gleichberechtigung und sozialen Fortschritt in Europa.

Die Herausforderungen, denen sich Frauen, die einer Minderheit angehören, gegenübersehen, sind tiefgreifend, interdisziplinär und dringend. Aber sie sind nicht unüberwindbar. Ein echter Wandel erfordert mehr als nur Versprechungen: Er erfordert Rechtsreformen, integrative Bildung, eine kulturell kompetente Gesundheitsversorgung, wirtschaftliches Empowerment, Führungsmöglichkeiten und eine Politik, die auf gelebten Erfahrungen beruht.

In ganz Europa gibt es positive Beispiele dafür, dass Frauen, die einer Minderheit angehören, ihre Gemeinschaften und Gesellschaften verändern können, wenn sie dazu befähigt werden. Jetzt ist es an der Zeit, diese Erfolge auszuweiten – von der Rhetorik zur Realität, von symbolischen Gesten zum systemischen Wandel.

Dieser Bericht bietet einen praktischen Fahrplan, der auf den Stimmen, Erkenntnissen und Lösungen basiert, die auf der „Women of Minorities 2024“-Konferenz der FUEN ausgetauscht wurden. Gemeinsam können wir ein Europa schaffen, in dem jede Frau, unabhängig von ihrer Herkunft, in Würde, Gleichheit und Freiheit lebt.

Die Zukunft eines wirklich inklusiven Europas beginnt hier – und sie beginnt jetzt.

Quellen

Präsentationen und Beiträge der TeilnehmerInnen der „Women of Minorities 2024“-Konferenz der FUEN, Athen 2024

Beratender Ausschuss für das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten Thematische und Länderberichte, Europarat, verfügbar unter: <https://www.coe.int/en/web/minorities/resources>

Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) Generalversammlung der Vereinten Nationen. 1979. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau. New York: Vereinte Nationen. Verfügbar unter: <https://www.ohchr.org/en/professionalinterest/pages/cedaw.aspx>

Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) Europarat. 2011. Konvention des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Straßburg: Europarat. Verfügbar unter: <https://www.coe.int/en/web/istanbul-convention/home>.

Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) Europarat. 1950. Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte. Straßburg: Europarat. Verfügbar unter: <https://www.echr.coe.int/european-convention-on-human-rights>

EU-Gleichstellungsrichtlinien Europäische Union. Verschiedene Jahre. Gleichstellungsrichtlinien. Brüssel: Europäische Kommission. Verfügbar unter: https://ec.europa.eu/info/policies/justice-and-fundamental-rights/gender-equality/gender-equality-legislation_en.

European Roma Rights Centre (2023) EU Roma Integration Report. Verfügbar unter: https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/combating-discrimination/roma-eu/roma-equality-inclusion-and-participation-eu_en

Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten (FCNM) Europarat. 1995. Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten. Straßburg: Europarat. Verfügbar unter: <https://www.coe.int/en/web/conventions/full-list/-/conventions/treaty/148>.

Norwegisches Institut für Menschenrechte (2023) Bericht über Gewalt gegen samische Frauen. Verfügbar unter: https://www.state.gov/wp-content/uploads/2024/01/528267_NORWAY-2023-HUMAN-RIGHTS-REPORT.pdf

Novotný, L. (2024) „Illegale Sterilisation in der Tschechischen Republik“, Europe-Asia Studies, 76(8), S. 1185-1202.

Roma Women's Rights Centre (2023) Montenegro Bericht über die Rechte der Roma-Frauen. Verfügbar unter: <https://me.usembassy.gov/wp-content/uploads/sites/250/MONTENEGRO-2023-HUMAN-RIGHTS-REPORT-ENG.pdf>

Türkischer Hochschulrat (2023) Annual Statistics Report. Verfügbar unter: https://www.yokak.gov.tr/documents/StatusReports/StatusReport_2023.pdf

Worldbank (2023) Microfinance and Women's Economic Empowerment in Kosovo. Verfügbar unter: <https://www.worldbank.org/en/news/feature/2023/03/09/more-reforms-are-needed-in-kosovo-for-women-to-fully-contribute-towards-country-s-economy-and-prosperity>

UNICEF (2023) Bosnia and Herzegovina Education and Roma Girls Report. Verfügbar unter: <https://www.unicef.org/media/152011/file/Bosnia-and-Herzegovina-2023-COAR.pdf>



www.fuen.org